Sonnabend, 30. Oktober 1926 · 74. Jahrgang Nr. 513

Berliner Volks-Zeitung

Heute: Jede Woche Musik

Morgen-Ausgabe
Einzel-Nummer 10 Pfennig

Erscheint täglich zweimal, Sonntags, Festtags und Montags einmal. Abonnementspreis einschliesslich zweimaliger Zustellung durch die Botenfrau wöchentlich 50 Pfennig im voraus zahlbar, durch die Post 2,15 Reichsmark monatlich exklusive Zustellung. Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts. Anzeigen-Preise: Die 12gespaltene Zeile 80 Pfennig; für kleine Anzeigen: das Wort 20 Pfennig; das fettgedruckte Wort 40 Pfennig. Haupt-Expedition: SW., Jerusalemer Str. 46—49. Fernsprecher: Dönhoff Nr. 3440 bis 3462; für den Fernverkehr Nr. 4207 bis 4209. — Rudolf Mosse-Code. — Postscheckkonto Nr. 334, Rudolf Mosse, Berlin NW. 7. — Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen, in bestimmte Ausgaben oder an bestimmte Stellen wird nicht gewährleistet. — Filialen: Moritzplatz, Köpenicker Strasse 67-68, Wiener Strasse 1-6, Frankfurter Allee 286, Frankfurter Allee 346, Grosse Frankfurter Strasse 101, Greifswalder Strasse 197, Kochhannstrasse 8,
Chefredakteur: Otto Nuschke.

Mit „Jede Woche Musik"
Moden-Zeitung · Film-Zeitung · Techn. Zeitung · Sport-Zeitung · Haus u. Garten-Ztg. · Witzblatt „ULK"

Berlin windig, regnerisch

Schönhauser Allee 144, Schiffbauerdamm 4, Rheinsberger Strasse 79, Fennstr. 1, Müllerstrasse 135, Badstrasse 61, Königstrasse 56-57, Rosenthaler Strasse 48, Rathenower Str. 3, Turmstr. 61, Potsdamer Str. 33, Leipziger Str. 103, Zimmerstr. 50, Blücherstr. 69, Fidicinstr. 9; Charlottenburg: Tauentzienstr. 2, Kantstr. 34, Scharrenstr. 39, Nürnberger Str. 25-26, Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunewald: Henriettenplatz; Lichtenberg: Frankfurter Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1-2; Neukölln: Berliner Str. 41, Hermannstr. 93-94, Kaiser-Friedrich-Str. 247-48; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Str. 3; Schöneberg: Hauptstr. 23-24, Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Krüllsstr. 7; Weissensee: Streustr. 126; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88, Kaiserplatz 13; Brandenburg: Hauptstr. 4; Breslau: Schweidnitzer Str. 21-22; Cöpenick: Schlossstrasse 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschöneweide: Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburger Str. 28; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Mönchenstr. 31.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Poincaré fühlt sich?

Die Verschleppung des Zusammentritts der Kammer — Argwohn und Mißstimmung bei der französischen Linken

Paris, 29. Oktober.

Der Ministerrat hat heute noch nicht bestimmt, wann die Kammer ihre Sitzungen beginnen soll. Mehrere Minister erklärten, daß, nur um der Finanzkommission entgegenzukommen, noch kein Datum festgesetzt worden sei. Diese Erklärung wird in parlamentarischen Kreisen für ungenügend gehalten, da die Finanzkommission sich dazu verpflichtete, ihre Beratungen rechtzeitig zu beenden, sobald ein bestimmter Termin für die Eröffnung des Parlaments gegeben wäre. **Der linke Flügel der Radikalen und die Sozialisten halten die Verschiebung einfach für ein Manöver Poincarés.**

„Der Ministerpräsident will die Kammer erziehen, indem er ihr das Sprechen verbietet", schreibt ein Parlamentarier in der Wochenzeitung „Le Progrès Civique". „Er will eine Debatte verhindern und jede Kritik mundtot machen. Der große Mann Poincaré ist ein Anhänger der kleinen Kunstmittel, mit denen die Opposition erstickt werden kann. Vor den Ferien ließ er verkünden, daß die Kammer sobald wie irgendmöglich wieder einberufen werden müsse. Er wollte sogar überhaupt keine Ferien geben. **Er glaubt, sich alles erlauben zu können, weil der Franc steigt, und weil aus diesem Grunde sein Einfluß im Kabinett wächst.** Er kann sich aber irren; die Opposition ist zum Schweigen verdammt, aber sie wächst."

Havas glaubt mitteilen zu können, daß der Zusammentritt des Parlaments höchstwahrscheinlich am 9. November erfolgen werde.

*

Schon vor der Bildung des Kabinetts Poincaré ist wiederholt gesagt worden, daß sich auch aus einer zunächst rein sachlichen finanziellen Tätigkeit Poincarés später Gefahren für die französische Innen- und Außenpolitik ergeben könnten. Die Möglichkeit, gestützt auf augenfällige finanzpolitische Erfolge, seinen persönlichen Einfluß in der Politik stärker geltend zu machen, liegt zu nahe, als daß der ehrgeizige Poincaré sie unausgenutzt lassen könnte. Wie man schon in der Art der Durchführung gewisser Sparmaßnahmen parteipolitische Nebenabsichten erkennen zu können glaubte, so liegt es auch jetzt nahe, zwischen den Schwierigkeiten der Weiterentwicklung des Thoiry-Programms und Poincarés Tätigkeit einen Zusammenhang festzustellen.

Der baldige Zusammentritt der Kammer liegt nicht nur im inneren Interesse der französischen Republik, sondern auch im Interesse der Befriedung Europas. Es wird nur vorteilhaft sein, wenn die in diesem Punkte erfreulich einige französische Linke klar zu erkennen gibt, daß der Außenminister Briand ihre volle Unterstützung hat.

Mordhetzer Maurras wieder verurteilt

Die französische Justiz schützt die Minister

Paris, 29. Oktober.

Charles Maurras, der geistige Leiter der „Action Française", wurde heute in der Berufungsinstanz wegen eines Drohbriefes an den früheren Minister Schrameck unter Zubilligung mildernder Umstände zu einem Jahr Gefängnis und einer Geldstrafe von 1000 Francs verurteilt. Der Brief war im Juni 1925 nach der Verhaftung mehrerer Mitglieder der royalistischen Kampfgruppe durch Rohrpost dem Minister Schrameck zugesandt worden.

Schnelldienst

Generalmajor Freiherr v. Esebeck, bisher Infanterieführer III, ist vom Herrn Reichspräsidenten zum Kommandeur der 1. Division und Befehlshaber im Wehrkreis I (Königsberg) ernannt worden.

Der deutsche Geschäftsträger in Moskau, Hey, hat dem russischen Kommissariat für auswärtige Angelegenheiten sein Beileid anläßlich des Erdbebens von Leninokan (früher Alexandropol) ausgesprochen.

Im französischen Ministerrat wurde der Zeitpunkt für die Wahl des Senatsdrittels auf den 9. Januar festgesetzt.

Die interalliierte Rheinlandkommission in Koblenz hat den in München erscheinenden „Simplizissimus" vom 25. Oktober 1926 auf die Dauer eines Monats vom besetzten Gebiet ausgeschlossen.

Die britische Reichskonferenz behandelte gestern die Probleme der Verteidigung des Reiches.

Der von Banditen verschleppte anglikanische Bischof von Schantung, Scott, wurde wieder freigelassen.

Bei der Erstaufführung des „Potemkin"-Films in Prag kam es zu nationalistischen Ausschreitungen.

Der Arbeitsmarkt im Reich und in Berlin

Von

Arthur Heichen

Einer der Reichsminister hat sich neulich recht optimistisch über die künftige Gestaltung des Arbeitsmarktes geäußert. Wir lassen es dahingestellt, ob dieser Minister mit seinem Optimismus recht behalten wird oder nicht. Auf jeden Fall ist der Arbeitsmarkt seit dem Höhepunkt der wirtschaftlichen Krisis, der im Februar und März erreicht wurde, ganz erheblich entlastet worden. Die „industrielle Reservearmee", wenn man das Heer der Vollarbeitslosen und der Kurzarbeiter so bezeichnen darf, hat eine ganz erhebliche Dezimierung erfahren. Der Umfang der Arbeitslosigkeit läßt sich sehr schwer statistisch erfassen, einen gewissen und hinreichend genauen Anhaltspunkt gibt immerhin die Statistik der Erwerbslosenfürsorge. Nach dieser Statistik wurden gezählt Hauptunterstützungsempfänger:

am 1. März	2 056 000
am 1. Oktober	1 395 000
Rückgang:	661 000 = 32 Prozent

Nach dieser Berechnung wäre die Arbeitslosigkeit seit dem Höhepunkt der Krisis um ungefähr ein Drittel zurückgegangen. Gewiß, das ist ein beachtlicher Erfolg, der allerdings weit weniger den Notstandsmaßnahmen der Regierung als vielmehr den Rückwirkungen des englischen Bergarbeiterstreiks auf die deutsche Wirtschaft zuzuschreiben ist. Außerdem bringt der Herbst erfahrungsgemäß immer eine regere Geschäftstätigkeit, so daß die Besserung der Arbeitsmarktlage zum Teil einfach saisonbedingt ist. Unter den Ländern hatten in der letzten Zeit Pommern, Brandenburg (ohne Berlin), Grenzmark und Mecklenburg-Strelitz die günstigste Entwicklung aufzuweisen, offenbar — so heißt es im letzten „Reichsarbeitsblatt" — im Zusammenhang mit dem gesteigerten Bedarf an Arbeitskräften in der Hackfruchternte. Außerdem macht sich zweifellos infolge des Anziehens der Konjunktur in vielen Branchen eine regere Nachfrage nach Arbeitskräften bemerkbar, so daß der Arbeitsmarkt auch infolge dieses echten Konjunkturanstiegs eine Entlastung erfährt. Aber gerade die Rückwirkungen der Konjunkturbesserung auf den Arbeitsmarkt sollte man nicht überschätzen. Denn einmal ist es recht zweifelhaft, wie sich die Lage in den Kohlenrevieren entwickeln wird, wenn der englische Bergarbeiterstreik sein Ende erreicht und wenn die englische Produktion wieder an die Stellen tritt, wohin heute aushilfsweise die deutsche Kohle und zum Teil auch deutsches Eisen getreten ist. Dazu tritt noch ein zweiter Umstand, der es verhindert, daß die Konjunkturbesserung sich sozusagen hundertprozentig auf den Arbeitsmarkt auswirkt. Neben der Konjunkturbesserung einher läuft nämlich und wird noch auf längere Zeit hinaus der Rationalisierungsprozeß laufen, der ständig immer wieder Arbeitskräfte freilegt. Ein Symptom für diesen Rationalisierungsprozeß ist die fortschreitende Vertrustung, die nunmehr auch auf die Waggonindustrie, die Schiffahrt und noch andere Gewerbezweige überzugreifen beginnt.

Man wird also aus diesen Gründen dem ministeriellen Optimismus mit einiger Skepsis gegenüberstehen und sich fragen müssen, ob hier nicht eine Verkennung der wirtschaftlichen Zusammenhänge vorliegt. Wenn heute noch immer 1,4 Millionen Hauptunterstützungsempfänger gezählt werden, so kennzeichnet diese Ziffer den Ernst der Situation, selbst wenn 660 000 Hauptunterstützungsempfänger weniger gezählt werden als zur Zeit des Höhepunktes der Wirtschaftskrisis. An der Pflicht der Regierung, dem Erwerbslosenproblem nach wie vor ihre größte Aufmerksamkeit zu widmen, ändert dieser Rückgang in keiner Weise etwas.

Wie ernst die Lage am Arbeitsmarkt nach wie vor ist, das zeigt sich vor allem, wenn man die Situation im Reiche der-

Endlich auf richtigem Wege?

Erfolgverheißende Bergbaufriedensbemühungen in London

London, 29. Oktober.

Der Vermittlungsarbeit des Gewerkschaftskongresses ist es gelungen, sowohl von der Regierung wie von den Bergarbeitern Zugeständnisse zu erhalten. Wie man annimmt, sind zurzeit Besprechungen zur Herbeiführung des Friedens im Kohlenbergbau im Gang, und zwar auf der Grundlage, **daß zwar die Arbeit auf Grund von Uebereinkommen wieder aufgenommen wird, die für die einzelnen Bezirke getrennt abgeschlossen werden, daß aber diese Bezirksabmachungen einem gesamtenglischen Rahmen eingegliedert werden.**

Sensationsmeldungen über Bulgarien

Die angeblichen Rückkehrpläne des Exzaren Ferdinand — Emigrantenpolitik in Belgrad

Belgrad, 29. Oktober.

An leitender Stelle und in großer Aufmachung bringt die Belgrader „Politika" sensationelle Enthüllungen über die angebliche Entwicklung der bulgarischen Politik. Ihre Quelle ist ein früherer bulgarischer Abgeordneter, der heute als Emigrant in Südslawien lebt. Dieser bulgarische Politiker sagt, die heutige bulgarische Politik sei dadurch angedeutet, daß erstens die bulgarische Rechte versuchte, die linksstehende Bauernpartei an sich zu ziehen, um eine rein germanophile Orientierung zu versuchen, zweitens, daß die Regierung Ljaptschew sich vorbehaltlos auf England und Italien eingestellt habe. **Weiter wird gesagt, daß der frühere Zar Ferdinand in letzter Zeit die Bedeutung der bulgarischen Bauernpartei, die er früher bekämpfte, erkant und mit ihr zum Zwecke seiner Rückkehr Verhandlungen begonnen habe.**

Der Artikel sagt weiter, die Aufnahme, die der bulgarische Finanzminister in England gefunden habe, und die ihm gewährte Anleihe zeigten, daß die englische Diplomatie mit Volldampf dabei mitarbeite. Dazu kommen auch Italien, dessen Munitionsfabriken gegenwärtig so beschäftigt seien, wie in Kriegszeiten. Auf den italienischen Inseln im Mittelmeer seien große Munitionsmagazine errichtet worden. Die Inseln seien als Marine- und Militärstützpunkte eingerichtet. Im Schwarzen Meer träfen zu Nachtzeiten italienische Schiffe ein, die an der bulgarischen Küste geheimnisvolle Waren ausschifften. **Im Frühjahr solle es dann zu wichtigen schicksalsschweren Geschehnissen kommen. Bulgarien sei blindes Werkzeug in italienischen und englischen Händen.** Seine Regierung bereite neue Abenteuer vor. Die bulgarische Militärliga und das mazedonische revolutionäre Komitee erheben schon jauchzend die Hände. Der Mazedonier Tamolewski treibe in Westeuropa entsprechende Propaganda.

Der Zweck des Artikels ist anscheinend, die südslawische Oeffentlichkeit unruhig zu machen und den in Südslawien lebenden bulgarischen Emigranten Unterstützung für ihre Ziele zu sichern. **Diese gehen darauf aus, auf gewaltsamen Wege die heutige bulgarische Regierung zu stürzen, eine radikale Bauernregierung zu bilden und den Anschluß Bulgariens an Südslawien zu vollziehen.**

Der König von Rumänien schwer krank

Wer ist Thronfolger?

Wien, 29. Oktober.

Aus Bukarest wird gemeldet: Die rumänischen Zeitungen bringen Alarmnachrichten über eine ernste Erkrankung des Königs. Die „Romania" bezeichnet den Zustand des Königs als besorgniserregend und teilt mit, daß man sich an maßgebenden Stellen bereits mit dem Gedanken trägt, einige europäische Spezialisten an das Krankenlager des Königs zu berufen. In politischen Kreisen befürchtet man, daß bei einem Ableben des Königs Schwierigkeiten entstehen könnten, da die Thronfolgerfrage nach der Abdankung des Kronprinzen nicht als endgültig gelöst betrachtet werden könne.

Die Königin Maria befindet sich bekanntlich gegenwärtig auf einer Rundreise durch Amerika.

Eine plumpe Propagandalüge

Angebliche deutsche Putschpläne im Memelland

Kowno, 29. Oktober.

Die in Wilna erscheinende polnische Zeitung „Slowo" veröffentlicht eine Sensationsmeldung über angebliche Vorbereitungen zu einem bewaffneten Aufstande im Memelgebiet, der, angeblich gestützt auf 20 000 ausgezeichnet bewaffnete Stahlhelmleute, den Wiederanschluß des Memelgebietes an Deutschland zum Ziele haben soll.

Der klare Zweck dieser auf den ersten Blick als Schwindel zu erkennenden Nachricht ist, Litauens Interesse von dem geraubten Wilna-Gebiet abzulenken.

Ein vernünftiger polnischer Journalist gesucht. Nach einer Meldung des „Czas" sind in Warschau Bemühungen zur Gründung einer neuen großen politischen Tageszeitung im Gang, die Propaganda für eine Annäherung Polens an Deutschland treiben soll. Es ist bemerkenswert, daß es bisher noch nicht gelungen ist, eine für den Posten des Chefredakteurs geeignete Persönlichkeit zu finden. Die finanzielle Grundlage des neuen Zeitungsunternehmens soll dagegen bereits gesichert sein.

Rußland klagt über überlastete Gerichte. Die Sowjetpresse klagt über die Ueberlastung der Gerichte. Im verflossenen Jahre sind 47 000 Prozesse unerledigt geblieben.